

Befugnisse zielen auf die Bewältigung unvorhergesehener aussenpolitischer Probleme und auf die auswärtige Verwaltung. Sie ermächtigen den Bundesrat aber nicht, einfach in allen Angelegenheiten, die das Verhältnis zum Ausland oder Ausländer betreffen, mit der Begründung, die Interessen des Landes seien zu wahren, rechtsetzend tätig zu werden. Das Gebot der Herstellung praktischer Konkordanz in der Verfassungsauslegung (KONRAD HESSE) ist auch in diesem Zusammenhang zu beachten.

2. Der vorliegende Entscheid gibt dazu wichtige Hinweise. Die gesetzvertretenden und gesetzergänzenden Verordnungen des Bundesrates gestützt auf Art. 102 Ziff. 8–10 BV "müssen notwendig, zeitlich dringlich, durch überwiegende öffentliche Interessen gerechtfertigt und verhältnismässig sein. Sie dürfen nicht im Widerspruch zu Erlassen der Bundesversammlung stehen, und sie müssen die Grundsätze der Rechtsgleichheit und von Treu und Glauben etc. respektieren. Sie müssen grundsätzlich zeitlich befristet sein, und bei Andauern der regelungsbedürftigen Situation ist eine ausreichende Grundlage in einem formellen Gesetz zu schaffen (...)" (E. 2a). Mit diesen Voraussetzungen werden die Befugnisse des Bundesrates eingegrenzt auf die Bewilligung besonderer, der ordentlichen Gesetzgebung nicht zugänglicher Situationen. Ob dabei in besonders schwerwiegenden Fällen ausnahmsweise nicht auch von einer gesetzlichen Regelung abgewichen werden darf, wäre jedenfalls noch als Frage offenzulassen. Hingegen ist klar, dass zum Beispiel die berühmt-berüchtigten Bundesratsbeschlüsse vom 24. Februar 1948 betreffend politische Reden von Ausländern (SR 126) und vom 29. Dezember 1948 betreffend staatsgefährliches Propagandamaterial (SR 127) schon längst in ordentliches Gesetzesrecht hätten übergeführt werden müssen, wenn die Regelungen überhaupt weitergeführt werden sollen (vgl. auch das Gutachten des Bundesamtes für Justiz vom 6. März 1989, VPB 53/III, Nr. 52, 366).

3. Nach diesen Kriterien ist es offensichtlich unhaltbar, wegen der Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien die Veräusserung von Schusswaffen an Ausländer ohne Niederlassungsbewilligung im Sinne einer generellen Regelung auf Art. 102 Ziff. 8 BV zu stützen, wie dies in der Verordnung von 1991 geschehen ist. Auch andere sachliche Gründe für die plötzliche Regelung der Materie durch verfassungsunmittelbares Ordnungsrecht sind nicht ersichtlich. Die Problematik muss somit auf dem ordentlichen Gesetzgebungsweg angegangen werden.

4. Zur gesetzestechnischen Seite des Falles musste sich das Bundesgericht nicht äussern. Aus wissenschaftlicher Warte darf aber als Unfug bezeichnet werden, wenn der Bundesrat eine allgemeine Regelung des Schusswaffenerwerbs durch nicht niedergelassene Ausländer – zudem noch ohne sachlichen Zusammenhang (vgl. E. 2b) – in einer "Verordnung über den Erwerb und das Tragen von Schusswaffen durch jugoslawische Staatsangehörige" unterbringt. Der Gesetzesdschungel ist unüberblickbar genug; geradezu grobfahrlässig irreführen sollte man den Bürger nicht auch noch.

Prof. Dr. Yvo Hangartner, Gossau SG

1.3. Grundrechte / Droits fondamentaux

(2) Befreit das ungeschriebene Recht auf Existenzsicherung von den Einkommenssteuern?

Bundesgericht, II. öffentlichrechtliche Abteilung, 24.5.1996, E.M. c. Kantonale Steuerverwaltung St. Gallen und Verwaltungsgericht des Kantons St. Gallen (BGE 122 I 101 ff.)

Zusammenfassung des Urteils:

Die Beschwerdeführerin bezieht eine IV-Rente sowie eine Ergänzungsleistung, im Jahr 1991 insgesamt Fr. 26818.– und im Jahr 1992 Fr. 31128.–. Mit der Steuererklärung für die Steuerjahre 1993/94 stellte sie den Antrag auf Befreiung von den Staats- und Gemeindesteuern, da eine Besteuerung gegen das Grundrecht auf Existenzminimum verstosse. Mit Entscheid setzte die Kantonale Steuerverwaltung das steuerbare Einkommen auf Fr. 7900.– fest. Die dagegen erhobenen Rekurse wiesen die kantonalen Instanzen ab. Die Beschwerdeführerin machte in der staatsrechtlichen Beschwerde geltend, die Veranlagung verletze das Grundrecht auf das Existenzminimum, ferner die Art. 4 BV und Art. 11 des UNO-Paktes vom 16.12.1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (SR 0.103.1). Das Bundesgericht weist ab.

Bemerkungen:

1. Das Bundesgericht hat nach der Anerkennung des Grundrechts auf Existenzsicherung (BGE 121 I 367 ff. und dazu A. KLEY-STRULLER, AJP/PJA 1996 756 ff.) mit dieser Beschwerde erneut die Gelegenheit erhalten (vgl. ferner BGE 122 II 193), den Inhalt des neuen Grundrechts zu konkretisieren. Der Rüge der Verletzung von Art. 11 des erwähnten UNO-Paktes musste selbstverständlich der Erfolg versagt sein, gelten doch die Pakt-Rechte nach ständiger bundesgerichtlicher Rechtsprechung nur als Programmsätze, die sich an den Gesetzgeber richten (vgl. z.B. BGE 120 Ia 11 f.; 121 V 246). Diese Rechtsprechung ist zwar problematisch, das Bundesgericht brauchte sich wohl mangels substantiierter Rüge damit nicht weiter auseinanderzusetzen.

2. Im Hinblick auf die Rüge der Verletzung des Art. 4 BV führt das Bundesgericht in E. 2 ba) die Lehrmeinung an, wonach eine "Steuererhebung unzulässig (sei), soweit dadurch in das lebensnotwendige Existenzminimum eingegriffen würde". In der Folge verweist das Bundesgericht auf Art. 93 SchKG, der jedem Schuldner das Existenzminimum unangetastet lässt. Als einzige Ausnahme vom Eingriffsverbot in das Existenzminimum sind die Leistungen aufgrund familienrechtlicher Pflichten zu nennen. "Umgekehrt kann aus dem ... Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung auch gefolgert werden, dass alle Einwohner entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einen – wenn auch unter Umständen bloss *symbolischen* – Beitrag an die staatlichen Lasten zu leisten haben" (E. 2 bc). Dieses Argument muss das Bundesgericht wohl überzeugt haben, denn in E. 4d ist von einem monatlichen Steuerbetrag von Fr. 24.50 die Rede: Im Verhältnis zum Haushaltsgeld von Fr. 670.– und einem freien Betrag von Fr. 150.– erschien die Steuerbelastung nachgerade ver-

nachlässigbar. Angesichts des Konkretisierungsspielraums des Steuergesetzgebers wollte das Bundesgericht die monatliche Steuerbelastung von Fr. 24.50 Fr. nicht zum Anlass nehmen, ein Urteil von erheblicher präjudizieller Wirkung zu fällen. Die Überlegung, wonach Art. 4 BV zu einer wenigstens symbolischen Steuerbelastung führen müsse, mutet freilich reichlich seltsam an: Bislang gelten die Grundrechte und namentlich Art. 4 BV ausschliesslich zum Schutz der Einzelpersonen (vgl. U. HÄFELIN/G. MÜLLER, Grundriss des Allgemeinen Verwaltungsrechts, 2. A., Zürich 1993, N. 524); Art. 4 BV enthält indes nach liberal-rechtsstaatlicher Auffassung keine Pflichten, auch keine Pflicht zu bloss symbolischen Steuerleistungen.

3. a). Das Bundesgericht hat in E. 4a die Frage aufgeworfen, ob das Grundrecht auf Existenzsicherung nicht auch ein Abwehrrecht gegen (z.B. abgaberechtliche) Eingriffe des Staates beinhalte. Die Beschwerdeführerin hatte behauptet, die bundesrechtlich festgelegten Ergänzungsleistungen zur AHV/IV bezweckten, den Empfängern ein Mindesteinkommen zu garantieren. Dieses Mindesteinkommen stelle zugleich das garantierte Existenzminimum dar, welches durch den Abwehrgehalt des neuen ungeschriebenen Grundrechts geschützt werde. Das Bundesgericht hat zu Recht entgegnet, dass diese Identität von ungeschriebenem Verfassungsrecht und einfachem Gesetzesrecht keineswegs zwangsläufig bestehen müsse; es könne sehr wohl unterschiedliche betriebs- und sozialhilferechtliche Existenzminima geben, die allesamt den verfassungsrechtlichen Anspruch nicht tangierten. Da der verfassungsrechtliche Anspruch keinen zahlenmässigen Wert beinhalte, sah das Bundesgericht angesichts der marginalen Steuerbelastung (vgl. oben Ziff. 2) den unmittelbar grundrechtlich geschützten Anspruch auf Existenzsicherung als gewahrt an (E. 4d). Es hat damit zwar dem neuen Sozialrecht auch einen Abwehrcharakter zugebilligt, aber gleichzeitig hat es die Fragen offengelassen, ob das ungeschriebene Grundrecht nicht nur im Betreibungs-, sondern bereits im Steuerveranlagungs-, Bezugs- oder Erlassverfahren gelte.

b. In meiner Besprechung von BGE 121 I 367 ff., AJP/PJA 1996 756 ff., Ziff. 10, habe ich das neue Grundrecht auf Existenzsicherung als relativ "schwach" angesehen. Dieses Folgeurteil von BGE 121 I 367 ff. bestätigt diese Bewertung: Das neue Grundrecht ist derart "abwehrschwach", dass sich das Bundesgericht nicht zur Frage äussert, ob das Grundrecht nicht schon im Veranlagungsverfahren gelte. Die bedürftigen Steuerpflichtigen müssen sich mit andern Worten gefallen lassen, dass sie für eine Steuerschuld, die sie zum vorneherein nicht bezahlen können, veranlagt und gegebenenfalls dafür betrieben werden. Trotz des Grundrechts auf Existenzsicherung darf der Staat eine rechtskräftige Veranlagung vornehmen. Bestätigt sich im Betreibungsverfahren die wegen Bedürftigkeit oder Not bestehende Zahlungsunfähigkeit des Steuerschuldners, so wird gemäss Art. 93 SchKG nicht in dessen betriebsrechtliches Existenzminimum eingegriffen. Der Steuerschuldner muss sich aber einen Eintrag im Betreibungs-

register betreffend der Steuerbetreibung gefallen lassen; das Recht auf Existenzsicherung vermag ihn davor nicht zu schützen. Es handelt sich demnach um ein wirklich nur im äussersten Notfall geltendes Recht auf Existenzsicherung, das im übrigen lediglich Art. 93 SchKG wiederholt. Einmal mehr wird deutlich, dass die Anerkennung dieses neuen Rechts auf ganz anderen Überlegungen beruhte (vgl. AJP/PJA 1996 765 ff., Ziff. 10) und im Grunde genommen wie "nicht ernst gemeint war". Das Bundesgericht wird noch weitere Beschwerdeführer enttäuschen müssen, die dieses Recht anrufen: "Auch nicht ernstgemeinte Erklärungen sind ständig dem Risiko ausgesetzt, dass sie vom ... Adressaten ernstgenommen werden" (P. NOLL, Symbolische Gesetzgebung, ZSR 1981 I 347 ff., 357).

4. Schliesslich ist die vom Bundesgericht angeführte "symbolische" Steuerbelastung zu bedenken. PETER NOLL hat in seinem eben angeführten Aufsatz den Zweck und die Gefahren symbolischer Gesetzgebung erläutert. Die Lektüre dieses Urteils führt unmittelbar zur Frage, ob es nicht auch eine symbolische Rechtsprechung gibt. Das griechische Wort "symbolon" zu *symbollein* ("zusammenwerfen, zusammenhalten") bedeutet ursprünglich das aus zwei Teilen bestehende Erkennungszeichen, "an deren Zusammenpassen sich die Besitzer der beiden Teile erkennen" (P. NOLL, a.a.O. 347). Das Erkennungszeichen kann an die Stelle des fehlenden Teils treten; es kann gewissermassen als Ersatzhandlung für das dienen, das sich aus irgendwelchen Gründen nicht verwirklichen lässt. In diesem Sinne handelt es sich beim vorliegenden Urteil um "symbolische Rechtsprechung". Die veranlagte Steuer lässt sich entweder gar nicht eintreiben oder ist in ihrem Ertrag, verglichen mit dem betriebenen Aufwand, derart gering, dass es dem Gemeinwesen gar nicht um seine Einkünfte gehen kann. Die symbolische Steuerpflicht hat vielmehr den Charakter einer Beruhigungsspielle (vgl. NOLL a.a.O. 362) für diejenigen, die durch namhafte Steuerleistungen die Tätigkeit des Gemeinwesens ermöglichen und die Hauptlast tragen. Symbole sind hintergründig und können auch Erkennungszeichen für etwas ganz anderes als das beabsichtigte sein. Was ist etwa von einer Symbolik zu halten, welche selbst den Bedürftigsten unserer Gesellschaft symbolisch in die Grundlagen ihrer Existenz einzugreifen vermag und Registereinträge, die stellvertretend das "Gewissen" der Zahlungsmoral repräsentieren, herbeiführt? Eine solche Symbolik war gewiss nicht beabsichtigt; sie drängt sich aber geradezu auf, wenn das Grundrecht auf Existenzsicherung nicht einmal die symbolische Besteuerung abzuwehren vermag. Gerade die vom Bundesgericht im Leitartikel BGE 121 I 372 angeführte Menschenwürde, die das Recht auf Existenzsicherung zu verwirklichen sucht, müsste dies leisten können. Die Anerkennung des neuen Grundrechts auf Existenzsicherung, das faktisch nur die geltende Gesetzgebung verfassungsrechtlich überdacht, ohne einen weiteren Schutz zu gewähren, war m.E. ein Fehlgriff. *Grundrechte weisen über sich selbst hinaus; sie sind Ideale, welche nach Umsetzung rufen.* Es ist das Charakteristikum des modernen Verfassungsstaates, dass er Grundrechte gerade nicht als leere Deklaration versteht,

sondern sich *ernsthaft* um deren Umsetzung bemüht. Das Bundesgericht hat in BGE 121 I 367 ff. wohl vernachlässigt, dass es ein Stück weit als "informeller Verfassungsgeber" gewirkt hat und nach den Redlichkeits-Massstäben des westlichen Verfassungsstaates gemessen wird.

PD Dr. rer. publ. Andreas Kley-Struller,
Rechtsanwalt, St. Gallen

1.13. Sozial- und Sozialversicherungsrecht / Droit social et droit des assurances sociales

(3) Présomption d'exactitude attachée au cachet postal.

Tribunal fédéral des assurances, arrêt du 6 février 1996, J. et consorts contre Chrétienne sociale suisse assurance et Cour de Justice du canton de Genève.

Résumé des considérants:

Rappel de la présomption d'exactitude attachée au cachet postal (ATF 109 Ia 184–185 consid. 3b; voir également ATF 119 V 7).

Supputation des délais de recours. Point de départ du délai lorsque celui-ci commence à courir après une férie judiciaire: l'art. 32 al. 1 OJ s'applique aussi bien dans le cas où le délai a déjà commencé à courir avant le début des fêtes judiciaires que dans le cas où la communication ou la notification de l'arrêt ou de la décision faisant partir le délai s'est produite pendant les fêtes judiciaires. Dans le premier cas, le jour duquel le délai court est celui de la notification, respectivement de la communication; dans le second cas, c'est le premier jour suivant les fêtes judiciaires (confirmation de ATF 79 I 245).

Recevabilité du recours de droit administratif contre une décision concernant un tarif: la réglementation des caisses-maladie relative aux cotisations répond à la définition de tarif au sens de l'art. 129 al. 1 lit. b OJ (ATF 112 V 293 consid. 1). Toutefois, le recours n'est irrecevable que s'il concerne une décision qui a pour objet l'établissement ou l'approbation d'un tarif dans son ensemble ou qu'il vise des clauses tarifaires particulières en tant que telles. En revanche, la voie du recours est ouverte contre les décisions prises en application d'un tarif dans une situation concrète. Le Tribunal fédéral des assurances se borne à contrôler la légalité du poste tarifaire incriminé, appliqué dans un cas précis (ATF 120 V 47 consid. 1a, 348 consid. 2a, 457 consid. 1).

Remarque:

L'arrêt rappelle opportunément quelques principes importants en matière de computation des délais ainsi que de recevabilité de recours concernant des tarifs.

Prof. Dr. Jean-Louis Duc
professeur à l'Université de Lausanne

(4) Recevabilité du recours de droit administratif formé par l'Office fédéral des assurances sociales; Procédure en réparation du dommage (art. 52 LAVS, 81 RAVS) – Calcul du délai de 30 jours dans lequel la caisse de compensation peut porter le cas devant le juge.

Tribunal fédéral des assurances, arrêt du 27 février 1996, Office fédéral des assurances sociales contre H. et Commission cantonale genevoise de recours en matière d'AVS.

Résumé des considérants:

Recevabilité du recours formé sous la signature d'un sous-directeur et chef de division de l'Office fédéral des assurances sociales (personne habilitée selon la réglementation interne à l'administration fédérale; il est d'usage qu'un chef de division ait la compétence, pour le domaine d'activité dont il est responsable, de signer un acte de recours devant le Tribunal fédéral des assurances).

Le défaut d'indication de l'adresse de l'intimé et la remise en cause d'une partie seulement du jugement attaqué n'entraînent pas l'irrecevabilité du recours.

Le droit fédéral, soit l'art. 22a PA (selon lequel les délais fixés en jours par la loi ou par l'autorité ne courent pas du 7^e jour avant Pâques au 7^e jour après Pâques inclusivement, du 15 juillet au 15 août inclusivement et du 18 décembre au 1^{er} janvier inclusivement), applicable dans le domaine de l'AVS en vertu de l'art. 96 LAVS, règle impérativement et exclusivement la suspension des délais pendant les fêtes (l'ancien droit comportait, selon la jurisprudence, un silence qualifié qui excluait l'application de dispositions cantonales – voir ATF 105 V 106). La réglementation susmentionnée vaut aussi dans le domaine de la procédure de réparation du dommage de l'art. 52 LAVS. Le délai dans lequel la caisse de compensation doit saisir le juge dans ce domaine n'est pas de droit matériel; il n'est donc pas soustrait aux règles normales de procédure, notamment à celles qui se rapportent à la computation des délais.

Remarque:

Les précisions apportées à propos de l'application de l'art. 22a PA dans le cadre de la procédure de réparation du dommage sont certainement bienvenues.

Prof. Dr. Jean-Louis Duc
professeur à l'Université de Lausanne

(5) Objet de la contestation et objet du litige; notion d'atteinte notable et durable à l'intégrité physique ou mentale.

Tribunal fédéral des assurances, arrêt du 16 avril 1996, OFAM contre L. et Tribunal administratif du canton de Neuchâtel.

Résumé des considérants:

L'objet de la contestation et l'objet du litige sont identiques lorsque la décision administrative est attaquée dans son ensemble. Lorsque le recours ne porte que sur une partie

du rapport juridique déterminé par la décision, les aspects non contestés de ce rapport juridique sont certes compris dans l'objet de la contestation, mais non pas dans l'objet du litige. Ainsi, les questions visées par la décision administrative mais qui ne sont plus, d'après les conclusions du recours, litigieuses ne sont pas comprises dans l'objet du litige et ne sont examinées par le juge que s'il existe un rapport de connexité étroite entre les points non contestés et l'objet du litige (ATF 117 V 295 consid. 2a, 112 V 99 consid. 1a, 110 V 51 consid. 3c). En l'occurrence, rapport de connexité étroite admis entre le droit à une rente pour atteinte à l'intégrité (art. 48 ss LAM) et le droit à une indemnité à titre de réparation morale (art. 59 LAM). Reconnaissance, par le Tribunal fédéral des assurances, du droit à une rente pour atteinte à l'intégrité (refusée par l'Office fédéral de l'assurance militaire) en lieu et place d'une indemnité à titre de réparation morale accordée par l'autorité judiciaire de première instance.

Notion d'atteinte notable et durable à l'intégrité physique ou mentale. La gravité de l'atteinte est déterminée équitablement en tenant compte de toutes les circonstances (art. 49 al. 1 LAM). Le droit est en principe donné lorsque l'assuré est, d'un point de vue objectif, limité d'une manière notable dans la jouissance de la vie. Sont juridiquement considérés comme notables les troubles de la fonction primaire de la vie, non de simples empêchements dans les autres domaines l'existence, comme par exemple la pratique d'un sport, la participation à des manifestations de la vie sociale et autres activités semblables (renvoi à divers arrêts: ATF 117 V 77, 113 V 143 consid. 2c, 112 V 389 ss consid. 1a, ATFA 1968 p. 98).

La réglementation prescrite par l'Ordonnance sur l'assurance militaire (art. 25 OAM) selon laquelle le taux minimum ouvrant droit à une rente pour atteinte à l'intégrité est fixé à 2,5 pour cent du montant annuel qui sert de base au calcul des rentes selon l'art. 49 al. 4 LAM est contraire à la loi, car elle est inconciliable avec la volonté du législateur, d'une part, et, d'autre part, déborde manifestement le cadre de la compétence conférée au Conseil fédéral par l'art. 49 al. 4 LAM.

En l'occurrence, renvoi de l'affaire à l'Office fédéral de l'assurance militaire pour qu'il statue sur le droit à une rente pour atteinte à l'intégrité du fait de la perte de l'extrémité distale de la phalange terminale du médus gauche (avec inaptitude subséquente au service militaire). En effet, "dans la mesure où elle représente une limitation dans la jouissance de la vie, l'amputation partielle de la phalange terminale du médus gauche subie par l'assuré ouvre droit à une rente pour atteinte à l'intégrité selon la LAM, même si l'importance de l'atteinte est seulement de 1 ou 2 pour cent." Le Tribunal fédéral des assurances rappelle que l'octroi d'une telle prestation exclut celui d'une indemnité à titre de réparation morale.

Remarques:

1. Le Tribunal fédéral des assurances paraît s'en tenir à la jurisprudence rendue sous l'empire de l'ancienne LAM, s'agissant de la notion d'atteinte à l'intégrité. Il semble donc

continuer à penser que l'impossibilité de pratiquer un sport ne saurait constituer une telle atteinte, opinion que nous persistons à considérer comme non satisfaisante, car complètement dépassée par l'évolution des mœurs (voir JEAN-LOUIS DUC, Sport et assurances sociales, in Le sport et les assurances sociales, Colloque de Lausanne 1991, publication de l'IRAL, page 33).

2. L'arrêt renvoie l'affaire à l'administration pour qu'elle se prononce sur le droit à une indemnité pour atteinte à l'intégrité, donc aussi pour examiner si l'atteinte subie limite la jouissance de la vie (comme cela semble *a priori* peu probable, le lecteur est fondé à se demander si un tel renvoi a un sens).

3. D'autre part, l'arrêt n'examine pas non plus si, au regard des circonstances du cas d'espèce, l'octroi d'une indemnité pour réparation morale par les premiers juges, serait infondée, en cas de refus justifié d'accorder une prestation pour atteinte à l'intégrité. Il nous semble en effet que le motif pour lequel la Haute Cour a refusé l'indemnité allouée à titre de réparation morale était qu'une éventuelle indemnité pour atteinte à l'intégrité exclurait une telle réparation.

Prof. Dr. Jean-Louis Duc
professeur à l'Université de Lausanne

(6) Droit à la rente AVS dans le cadre de la convention conclue le 8 mars 1989 entre la Confédération suisse et la Principauté de Lichtenstein.

Tribunal fédéral des assurances, arrêt du 22 février 1996, Office fédéral des assurances sociales contre W. et Commission cantonale genevoise de recours en matière d'AVS.

Résumé des considérants:

Les systèmes des deux Etats ont été conçus de manière pratiquement identique et la convention susmentionnée repose sur le principe dit de l'intégration: lorsqu'une personne a été affiliée dans les deux Etats contractants, les périodes d'assurance accomplies de part et d'autre sont totalisées et elles donnent lieu à une seule rente. Le montant de cette dernière est mis à la charge de chacun des régimes d'assurance des deux pays proportionnellement aux périodes d'assurance qui y ont été accomplies. Ce système veut éviter un cumul de prestations et empêcher que la prestation versée ne dépasse le montant maximal des rentes prévu par chacune des législations internes.

La veuve d'un ressortissant suisse ayant cotisé aux deux régimes d'assurance en cause (AVS) a droit à des parts de rente de vieillesse servies par les régimes respectifs de chaque Etat contractant. Pour fixer ces parts de rente, il faut prendre en considération les périodes de cotisations accomplies dans l'assurance de l'autre Etat, comme si elles avaient été accomplies dans l'assurance du premier Etat; il en va de même des revenus sur lesquels les cotisations ont été payées.

Le fait qu'un assuré peut prétendre une rente maximale uniquement sur la base de sa propre carrière d'assurance